



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Homo, aber nicht sapiens

Dreißig Grad mehr als die Durchschnittstemperatur werden zu dieser Zeit am Südpol gemessen. Im Jänner bricht eine Eisplatte von 3.250 Quadratkilometern von der Antarktis ab. Die Trockengebiete breiten sich ausgehend vom Äquator nach Norden und Süden in Afrika und auch in den Süden Europas aus, die Türkei, die Gebiete an der Nordküste des Schwarzen Meeres, die Westküste Süd- und Nordamerikas sind im Weltatlas der Wüstenbildung ausgewiesen, ebenso wie Australien, die Mongolei, Pakistan und Indien.

In vielen dieser Regionen nimmt aber die Bevölkerungszahl und die Siedlungsfläche durch Bebauung zu. Dazu kommt, dass in immer mehr Gebieten die Bodenproduktivität abnimmt. Alles Indikatoren, die das beschreiben, was verharmlosend als Klimawandel bezeichnet wird. Der Planet Erde wird das überleben, unsere Zivilisation nicht. Aber das ist jenen, die vor der Realität die Augen nicht verschließen, seit „Die Grenzen des Wachstums“ 1972 und der Beschreibung der Prozesse dieser zukunftsfeindlichen Entwicklung durch Konrad Lorenz seit den 1980er Jahren bekannt.

Wären die Figuren, die die Welt durch ihre Entscheidungen beeinflussen, verantwortungsbewusste Persönlichkeiten, müssten sie alle ihre Ressourcen einsetzen, um diese Entwicklung zu stoppen. Mit dem, was bisher getan wird, wird das nicht funktionieren. Die Förderung der Elektroautos ist freilich kein Beitrag zum Klimaschutz, sondern nur eine Ermunterung für die Autoindustrie und jene naiven Zeitgenossen, die glauben, dass diese Bewegungsprothesen nicht industriell erzeugt werden und aus dem Nichts geboren werden. So wie einst jene, die meinten, der Strom komme aus der Steckdose. Heute Kriege anzuzetteln, hunderte Milliarden Steuergeld dafür auszugeben, um Menschen zu töten und die Umwelt zu zerstören, widerspricht wohl jeder elementaren Vernunft.

Wir sind noch weit vom Homo sapiens entfernt. Nach Noam Chomsky vor 30.000 Jahren, als unsere Sprachen ihre universelle Grundlage hatten, zu der evolutionär nichts mehr dazukam. Damals schlugen sich die weniger Hellen die Köpfe mit Steinen ein. Heute können wir das durch den technischen Fortschritt, mit Nuklearwaffen und durch Atomkraftwerke, viel radikaler und verwandeln dabei gleich die Welt zu einem unwirtlichen Ort, bevor wir sie verstanden haben.

Am 1. Mai wird wieder marschiert:

Mehr uns für alle!

Nach zwei Jahren Pause findet das „rote Hochamt“ wieder statt. Schauplatz des größten Maiaufmarsches ist der Wiener Rathausplatz. Dort will die SPÖ nicht nur eine Preis-Obergrenze für Gas und Strom fordern, sondern auch die 35-Stunden-Woche für alle.

Für Pamela Rendi-Wagner ist es der vierte „Tag der Arbeit“ als SPÖ-Chefin. „Der 1. Mai ist ein Festtag für die arbeitenden Menschen“, hält sie ihn für durchaus zeitgemäß.

„Nach zwei Jahren Corona-bedingter Pause freuen wir uns umso mehr darauf.“ Beim letzten regulären Maiaufmarsch 2019

winkten sie und Bürgermeister Michael Ludwig 12.000 „Fans“ am Wiener Rathausplatz zu. „Viele Menschen, gute Stimmung und viele rote Fahnen und Nelken“, verbindet die 50jährige mit dem 1. Mai.

Das trifft nicht auf jeden SPÖ-Chef zu. Im Jahr 2016 zeigten Buhrufe und Plakate wie „Obergrenze für Wahl-niederlagen! Faymann Rücktritt jetzt!“, dem damaligen SPÖ-Kanzler Werner Faymann, was die rote Basis von seiner Politik hielt. Eine Woche später trat er zurück.

Doch die Sozialdemokraten sind derzeit im Aufwind. In

Umfragen führen sie, allerdings nicht so hoch, wie es angesichts der ÖVP-Skandale zu erwarten wäre. Und Rendi-Wagners Konkurrent, der burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Doskozil wird am 1. Mai nicht in Wien erwartet.

Dafür wollen die SPÖ-Granden der Regierung einiges ausrichten. Sie fordern eine Preisobergrenze für Strom und Gas. Aber auch die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Finanziert werden soll das durch eine „Millionärssteuer“ für Vermögen ab einer Million Euro.

100.000 im Prater beim ersten 1. Mai

Im Jahr 1890, beim ersten Maiaufmarsch, lautete die Forderung noch, den damals utopischen Acht-Stunden-Tag einzuführen. Arbeitstage von elf Stunden und mehr waren üblich. „Die Arbeiterschaft war im Begriff zu erwachen.

